

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Gernot Erler, Hans Koschnick, Holger Bartsch, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Freimut Duve, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Norbert Gansel, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Dr. Uwe Holtz, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Christoph Matschie, Markus Meckel, Gerhard Neumann (Gotha), Renate Rennebach, Peter W. Reuschenbach, Günter Rixe, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Dr. Emil Schnell, Dr. Hartmut Soell, Karl-Heinz Schröter, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Wartenberg (Berlin), Reinhard Weis (Stendal), Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2289 —

Gewährleistung der Menschenrechte und Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Kosovo-Albaner

A. Problem

Mit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien hat sich auch die politische Lage im Kosovo-Gebiet weiter verschärft: Menschenrechtsverletzungen gegenüber der albanischen Bevölkerung, die in der früheren autonomen Region Kosovo die überwältigende Mehrheit bilden, sind an der Tagesordnung; die Wiederherstellung ihrer Selbstverwaltung wird verwehrt; mit der Aufhebung der Autonomie sowie mit der Auflösung des Parlaments und der Regierung für das Kosovo-Gebiet im Juli 1990 ist die politische Entmündigung und Entrechtung durch die serbische Regierung praktisch vollzogen worden.

B. Lösung

Die Europäische Gemeinschaft und andere internationale Organisationen sollen alles unternehmen, um weiteres Blutvergießen im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern. Ein echter Friedensprozeß für die Region erscheint ohne Einbeziehung der Kosovo-Albaner nicht möglich.

Einstimmigkeit bei einer Enthaltung im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 12/2289 — in nachstehender Fassung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß diese im Rahmen der Londoner Konferenz und der Folgeverhandlungen auf die Gewährleistung der Menschenrechte für die Kosovo-Albaner hinwirkt und zugleich für demokratische Verhältnisse und die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Kosovo nachhaltig eintritt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den durch die jugoslawische Bundesarmee zur militärischen Durchsetzung serbischer Ziele zwangsrekrutierten und desertierten jungen Männern aus dem Kosovo und aus der Vojvodina so lange eine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren, bis sie nicht mehr mit einem Strafverfahren rechnen müssen.“

Bonn, den 23. September 1992

Dr. Hans Stercken

Vorsitzender

Friedrich Vogel (Ennepetal)

Berichterstatler

Dr. Eberhard Brecht

Ulrich Irmer

Bericht der Abgeordneten Friedrich Vogel (Ennepetal), Dr. Eberhard Brecht und Ulrich Irmer

In seiner 91. Sitzung am 7. Mai 1992 hat der Deutsche Bundestag den Antrag — Drucksache 12/2289 — dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat zunächst seinen Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe um eine Stellungnahme gebeten. Der Unterausschuß hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 24. Juni 1992 beraten und einstimmig dem Auswärtigen Ausschuß empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Bei der abschließenden Beratung des Antrags im Auswärtigen Ausschuß — 42. Sitzung am 23. September 1992 — erschien eine Aktualisierung erforderlich, da die Jugoslawien-Verhandlungen mit der Londoner Konferenz Ende August 1992 über den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hinausgegangen sind. Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt deshalb die Annahme des Antrags in der neuen aktualisierten Fassung.

Bonn, den 23. September 1992

Friedrich Vogel (Ennepetal)

Dr. Eberhard Brecht

Ulrich Irmer

Berichterstatter